

Die großen Bauvorhaben für Verkehr und Energie werden zu Prüfsteinen, ob die Politik in der Lage ist, die Gemeingüter des Staates weiterzuentwickeln

## Mehr als nur Beton

Von Gerd Held

Der Totalschaden bei den Berliner Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen hat viele überrascht. Andere sehen vor allem Machtpolitik am Werk. Doch so schnell sollte man über die strittige Sachefrage, die Verlängerung der Stadtautobahn A 100, nicht übergehen. Bei den 3 Kilometern Asphalt sind politische Essentials im Spiel. Auch bei anderen großen Bauprojekten machen sich Gegensätze im Verständnis unseres Staatswesens bemerkbar, die bisher verdeckt waren. Ganze Städte und Regionen spalten sich an Projekten wie Stuttgart 21. Das Bauen ist in Deutschland zur Scheidelinie der Politik geworden. Dabei trifft es nicht nur „kritische“ Projekte sondern auch Vorhaben, die eigentlich zu den „guten“ Themen gehören: Die europäische Nord-Süd-Bahnstrecke kommt im Oberrheintal nicht voran, obwohl mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden sollen. Der Stromtrassenbau ist blockiert, obwohl man für regenerative Energie ist. Und wenn eine so weiträumige Metropole wie Berlin nicht auf eine einzige Mitte zusammenschnurren will, braucht sie die Effizienz einer Stadtautobahn. Dennoch wird gegen die „Betonpolitik“ erbittert gestritten.

Es ist die Größe solcher Bauvorhaben, an der sich die Geister scheiden. Die Tatsache, dass sie an einem zentralen Ort oder auf einer Zentralachse unzählige Einzelbewegungen bündeln, sprengt den lokalen Rahmen. Zigtausende von Einzelhäusern, Zufahrtstraßen und Endleitungen werden Jahr für Jahr – sehr flächengreifend – gebaut. Sie bleiben unauffällig, während eine einzige Großanlage sofort den Protest auf sich zieht. Dabei ist gar nicht geplant, nun das ganze Land mit Großbauten zu pflas-

tern. Niemand will die Ideologie des „big is beautiful“ und den Kollektivismus der Großwohnanlagen wiederbeleben. Die neue Generation von Großprojekten, deren Bau die nächste Dekade prägen könnte, ist hochspezialisiert. Sie soll Teilaufgaben lösen, beim Verkehr, bei der Energie oder auch bei kulturellen Spielstätten. Eine Großanlage bietet Effizienzvorteile, weil sich der Aufwand auf sehr viele Nutzer verteilt. Für jeden einzelnen von ihnen wird die Versorgung dadurch billiger. Das nennt man Skaleneffekte. Sie bekommen heute, wo Umweltgüter knapper werden und die Einkommen der Menschen nicht entsprechend wachsen können, eine neue Aktualität. Sie müssen in Deutschland auf die Tagesordnung kommen, wenn man „Umwelt und Soziales“ nicht nur beschwören sondern wirklich bearbeiten will.

Der Streit um die Großprojekte ist im Kern ein Streit um Gemeingüter. Aber so wird über die Projekte nicht gesprochen. Man hat recht romantische Vorstellungen von Gemeingütern und kann sich gar nicht vorstellen, dass sie so betonhart daherkommen. Diese Härte ist für die Bürger, die in der Nachbarschaft von Großanlagen leben, besonders groß – durch den zusätzlichen Lärm, den verstellten Blick oder sogar den Verlust der Wohnung. Man hat errechnet, dass 5-15% der Berliner vom neuen A100-Teilstück mehr Nachteile als Vorteile haben. Dass sie sich erst einmal wehren, ist verständlich. Aber der Einspruch der Anlieger ändert nichts daran, dass die übergeordneten Gründe der Gemeingüter gute Gründe sind. Irgendwo müssen Anlagen, die für das Wohl einer ganzen Stadt oder eines ganzen Landes wichtig sind, gebaut werden. Deshalb ist etwas falsch an der Selbstgewissheit, mit

der gegenwärtig im Namen der „lokalen Demokratie“ gegen Großprojekte protestiert wird. Eine Gesellschaft, die sich nur auf diese Form der Demokratie verlegt, beschädigt ihre Gemeingüter. Aber auch Politiker, die im Rahmen der Bürgerbeteiligung den Betroffenen übertriebene Hoffnungen machen, beweisen nur ihr Unverständnis oder ihre Geringschätzung für diese Güter.

Im Unwillen über Großprojekte schwingt aber noch ein generelleres Missverständnis des Politischen mit. Man versteht heute vielfach den Staat nur als eine Art Hausdiener, der den vielen einzelnen Ansprüchen der Bürger zu folgen hat. Er soll sich täglich nach dem Befinden der Bürger erkundigen, sich in ihre Lebensführung einschalten und eine Vielzahl von lockeren Beratungs-, Betreuungs-, Gesprächs- und Förderangeboten veranstalten. So wird alles irgendwie politisch, aber die eindeutigen Zuständigkeiten schwinden. Die Trennung zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Bürgerschaft wird unklar. Es entstehen Netzwerke, in denen die „beteiligten“ Politiker, Verwaltungsleute und Bürgergruppen zusammenspielen. Viel ist vom „Dialog“ die Rede, aber wo nur kommuniziert wird, bürgt nichts dafür, dass wirklich Allgemeininteressen zu Wort kommen und dass es um Dinge von Bestand geht. Stattdessen ist alles ständig im Fluss und es entstehen immer wieder neue Gruppierungen, die zugleich Bürgerinitiative und Partei sein wollen – gestern die Grünen, heute die „Piraten“ und morgen kommt der nächste Personalwechsel.

Diese Form des Politischen ist nicht einfach abwegig. Wir leben in einer Ära der

Dienstleistungen und Massenkommunikation. Aber es ist eine Politik ohne Gemeingüter. Der Hausdiener-Staat ist ein Staat ohne eigenes Haus. Er ist nicht mehr der Vertreter von öffentlichen Sachwerten und Räumen – weder bei ihrem Bau, noch bei ihrer Pflege oder ihrer Sicherheit. Was das bedeutet, kann man in einer Großstadt wie Berlin besichtigen: Es gibt einen überfüllten Veranstaltungskalender der verschiedensten Betreuungsleistungen, aber es fehlen die Sach- und Personalmittel, um dem Verfall von Schienenwegen und Straßen, der Vermüllung von Parks oder der Gewalt auf Bahnsteigen entgegenzuwirken. Das Staatswesen hat eine völlige Schiefelage. Man hat in einem Bezirk hundert Beratungsstellen und keine sichere U-Bahnstation. Man hat tolle Modellprojekte und zittert vor dem kommenden Winter. Bei seinen Gemeingütern ist Berlin auf die beschämteste Weise hilflos geworden. Das hat Folgen für den Zusammenhalt der Stadt. Kein Bürgerdialog kann die Integrationsleistung ersetzen, die ein zuverlässiges, sauberes und sicheres Bahnsystem schafft.

Der Baustreit um Großprojekte in Deutschland ist also nur die Spitze eines Eisbergs. Es geht überhaupt um die Bedeutung, die Gemeingütern jeglicher Art in unserer politischen Kultur eingeräumt wird. Neben dem Protestbürger gibt es auch den Bürger, der die Vernachlässigung dieser Güter spürt und den Eindruck hat, dass sich die Politik mit den falschen Fragen befasst. Wenn der Berliner Rot-Grün-Crash hier eine kleine Tendenzwende signalisiert, wäre das erfreulich.

*(Manuskript vom 11.10.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 12.10.2011)*